

Nr. 218.

1860.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-  
9 Mkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für **IV. Jahrgang.** nemenspreis: für Krautau 4 fl. 20 Mkr., mit Versendung 5 fl. 25 Mkr. — Die einzelne Nummer wird mit  
die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3/4 Mkr.; Stempelgebühr für jede Einschaltung 30  
Mkr. — Inserat Bestellungen und Gelber übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung.“ Zusendungen werden franco erbeten.

Mit dem 1. October 1860 beginnt ein neues vier-  
teljähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränu-  
merations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende  
December 1860 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr.,  
für auswärts mit Inbegriff der Postsendung, 5 fl. 25  
Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für  
Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl.  
75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Amtlicher Theil.

Se. k. t. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. Sept. d. J. Allerhöchstem Herrn Vetter, dem General-Major und Truppen-Brigadier Erzherzoge Joseph die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des Höflichkeitsefens verliehen königlich bairischen Hausordens vom heiligen Eustachius ausserordentlich zu erteilen geruht.

Se. I. L. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 19. September d. 3. Allerhöchstdirnen Herrn Vetter dem General-Major Erzherzoge Rainer die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des höchstselben verliehenen Großkreuzes des großherzoglich Hessischen Ludwigsordens allergnädigst zu ertheilen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraßau, 24. September.

Die Abreise Sr. Majestät der Kaiser's nach Warschau ist, wie die Aut. Corresp. meldet, auf Donnerstag den 11. October festgesetzt. Die „Nat. Stg.“ dagegen schreibt: Nach den neuesten Festsetzungen wird Se. k. Hoh. der Prinzregent am 13. und Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich am 14. October in Warschau eintreffen. Ob Herr v. Schleinitz und Graf Redberg die Herrscher begleiten werden, soll noch nicht ganz sicher sein.

Der „Prager Btg.“ schreibt man hierüber vom Main: „Der Kaiser der Franzosen habe in St. Petersburg sondiren lassen, inwiefern die Absendung einer Vertrauensperson seinerseits nach Warschau — als solche war der Prinz Napoleon bezeichet — dort goutirt werden würde. Die bezügliche Eröffnung war so gefaßt, daß sie nicht mißverstanden werden, aber auch, ohne die Schidlichkeit zu verletzen, ignorirt werden konnte. Kaiser Alexander hat es für angemessen erachtet, sie nicht zu verstehen, und der Prinz Napoleon wird nicht nach Warschau gehen.“

Ein Artikel des „Constitutionnel“ vom 20. d. wird den Staatsmännern zu denken geben. Dieser Artikel ist ein Symptom der kaiserlichen Politik, fast ganz so wie die Broschüren: *L'Italie et Napoleon III., Le pape et le congrès*, und die Flugschrift von About über Preußen, welche an demselben Tage erschien, als sich Louis Napoleon nach Baden begab. Er geht an die Adresse Deutschlands. „Zwischen Aegypt, welches noch ein Problem, und Warschau, welches noch das Unbekannte ist, hat es Coburg gegeben.“ Diese Worte sind des Pudels Kern, der Verfasser — wer es auch sein möge — verräth hier die Hoffnung des Imperialismus, die Elemente des Nationalvereins in seinem Interesse ausbeuten zu können, und so wie die Schrift von About ein Appell an die deutschen Demokraten war, wenn die preussische Krone sich nicht den Plänen Louis Napoleon's fügen wolle, so gesteht dieser Artikel unverblümt, daß der Imperialismus in den demokratischen Bestrebungen des Nationalvereins eine vollkommene Beruhigung gegen die etwaigen Pläne und Tendenzen der Monarchen in Warschau erblicke. Das deutsche Föderativ-System wird verdammt, für die demokratischen Einheitsbestrebungen Deutschlands vorläufig Frankreichs moralische Theilnahme zugesichert und schließlich Oesterreich bedroht. Wir erinnern nur an die Rede des Herrn v. Persigny; scheinbar drückte dieser Freund des Kaisers einen entgegengesetzten Gedanken aus, indem er die Einheitsbestrebungen Deutschlands für Frankreich zu fürchten schien; aber er versäumte nicht, hinzuzufügen, daß eine solche Veränderung in Deutschland das Kaiserreich zu der Forderung einer Compensation berechtigen würde. Jetzt geht ein anderer Freund des Kaisers einen Schritt weiter und drückt sein Wohlgefallen an Umtrieben aus, deren Resultat jedoch die Lage wäre.

welche Frankreich berechtigen würde, sich die „Rheinlinie“ auszubitten.

In der „Allg. Z.“ behauptet ein Genfer Brief neuerdings, daß in Thonon alle Vorkehrungen zu dem Bau des Kriegshafens getroffen würden.

Hannover hat, wie man hört, in einer Note beantragte, die Arbeiten der Weser-Commission auf zwei Jahre zu vertagen. Dem Verlangen wird schwerlich nachgegeben werden. In den Blättern heist es schon, daß die Commission nächsten Herbst in Detmold zusammen treten werde.

Der älteste Sohn der Königin Marie Christine, Graf Rencerdo, hat sich nach Syrien eingeschifft, um den dortigen Operationen beizuwohnen.

Talleyrand ist am 19ten von Turin abgereist. Wie aus Paris unterm 22. d. gemeldet wird, verläßt auch der sardinische Gesandte Ritter Nigra Paris; ein Sekretär bleibt mit der Führung der Geschäfte betraut.

Der russische Gesandte in Turin, Fürst Gagarin, hat, wie man der „N. M. Z.“ berichtet, seinem Gesandtschaftspersonale die Weisung gegeben, daß sich leicht demnächst der Fall darbieten möchte, daß sie ihre Häuser verlassen müßten.

Die Nachricht des Siecle, der Kaiser habe allen katholischen Mächten eine gemeinschaftliche Intervention zu Gunsten des Papstes vorgeschlagen ist unwahr. Man versichert vielmehr, daß die französische Regierung an alle katholischen Mächte eine Note gerichtet habe, um sie von einer Intervention zu Gunsten des heiligen Stuhls abzumahn, da die Gegenwart der Franzosen in Rom hinsängliche Bürgschaft für die Sicherheit des Papstes biete. Die französische Regierung, schreibt ein Pariser Correspondent der „Augsburger Zeitung“ wird ihre eigenen Occupationstruppen zurückziehen, sobald der Papst Rom verläßt. Notiren Sie sich auch diesen Satz: wenn der Papst Rom verläßt, wird er sich nirgendes andershin als nach Frankreich flüchten — Können. Der Papst, wickelte ein französischer Staatsmann, wird in Frankreich interveniren, niemand aber in Rom. Wollten auch eine und die andere katholische Macht nach der Flucht des Papstes gegen die Revolution im Kirchenstaat interveniren, so würde sich ihnen Frankreich nicht anschließen. Etiam si omnes, ego non, sagt das Pariser Cabinet. Ja, Louis Napoleon würde sich einer solchen Intervention widersetzen, sowie der weitere Verlauf seiner Politik und Projekte hauptsächlich auf die strenge Aufrechthaltung der Nichtintervention in Italien und außerhalb berechnet ist. Wenn hieraus noch kein Licht ausgeht und noch ein Zweifel übrig bleibt, der wird an seiner Blindheit und Verstocktheit verdientermaßen zu Grunde gehen.

Das „Journal des Debats“ wagt ganz deutlich durchblicken zu lassen, daß der Artikel (im „Constitutionnel“ über das Verbleiben Pius IX. in Rom) das Gegenheil von dem bedeute, was er sage und das die Entfernung des Papstes aus Rom wünsche. „In diesem Artikel thut der „Constitutionnel“, als wenn er glaubte, der Papst denke daran Rom zu verlassen, und er bekämpft diesen Entschluß in Ausdrücken von sonderbarer Lebhaftigkeit.“ Und allerdings, hat der Papst Rom verlassen, so kann Viktor Emanuel ohne Schwierigkeit ein-, die französische Besatzung abziehen, Louis Napoleon aber seine Hände in Unschuld waschen. Mit ihrer unnaahmlichen Naivetät giebt dies die „Opinion nationale“ zu, deren Redacteur vom Prinzen Napoleon nach Turin geschickt worden: „Das hochherzige Project Garibaldis die Revolution nach Ungarn und der Türkei zu tragen, hat unsere Sympathien; aber der rechte Augenblick zu seiner Verwirklichung hängt von diplomatischen Geheimnissen ab, die wir nicht kennen. Ein Ereigniß, die Abreise des Papstes aus Rom, würde jedoch die unlösbar scheinenden Schwierigkeiten vereinfachen.“ — Nach der „Patrie“, welche einen ähnlichen Artikel wie der „Constitutionnel“ bringt und worin Herr Limayrac durchblicken läßt, Frankreich nehme den bekannten piemontesischen Vorschlag wieder auf, dem Papst die Saceranität über den Kirchenstaat, Viktor Emanuel aber dessen Verwaltung zu übertragen — wäre von Seiten Oesterreichs eine motivirte Protestation gegen die Ereignisse, welche im Kirchenstaate sich vollziehen. — Im nächsten Abschnitte werden

Ein in der Regel wohlunterrichteter Pariser Correspondent der „Preuß. Ztg.“ schreibt: Bereits vor mehreren Wochen habe ich mitgetheilt, daß König Victor Emanuel bedroht ist, sich für einige Zeit von Capour

trennen zu müssen. Diese Krisis ist jetzt näher gerückt, aber der König wollte immer noch nicht daran glauben, daß Garibaldi, dessen Ruhm ohne Piemonts directen und indirecten Schutz im Grund unmöglich gewesen wäre, seiner Politik Damschrauben aufsetzen will. Garibaldi ist so siegestrunken geworden, daß die diplomatischen Schwierigkeiten weniger als je für ihn existiren. Kaiser Napoleon hat persönlich vor einem Zusammenstoß mit den französischen Truppen in Rom gewarnt, allein selbst diese Gefahr läugnet Garibaldi ab, und wenn man seinen Plan annähme, würde man die französische Besatzungsarmee einfach zur Neutralität während des Einrückens seiner Freischaaren aufzufordern und im Weigerungsfalle aus Rom herauszuschlagen haben. Garibaldi würde dies als eine Art Revanche für die 1849 von den Franzosen erlittene Niederlage halten. König Victor Emanuel hat sich deshalb zu einer neuen Mission an Garibaldi entschlossen; er ist, wenn Garibaldi's Freundschaft um diesen Preis zu erhalten ist, geneigt, sein Ministerium zu ändern. Gleichzeitig wurde dem Dictator aber angedeutet, daß, wenn der Zwiespalt zwischen seiner Politik und der Piemonts andere als bloß persönliche Gründe hätte, Piemont seine Maßregeln darnach ergreifen müßte. Garibaldi's Antwort ist nun (wie bereits gestern erwähnt wurde) durch den Grafen Trezzi und Dr. Brambilla nach Turin gelangt. Er soll darin offen sein Mißtrauen gegen Cavour ausgesprochen haben. Die Nachricht von einer Ministerkrisis in Turin dürfte daher nicht überraschen.

„Reuters Bureau“ meldet: Ein von Garibaldi an den König Victor Emanuel gerichtetes Schreiben verlangt die unverweilte Entlassung Savours und Farini's. Außerdem fordert Garibaldi 30,000 Mann sardinischer Truppen zur Garnisonirung von Neapel und macht die Erfüllung dieser Forderungen zur unabweislichen Bedingung der Fortdauer des guten Einverständnisses zwischen sich und der piemontesischen Regierung. Der König hat auf dieses Schreiben eine Antwort erlassen, deren Inhalt man indeß noch nicht kennt. Nach der „Perseveranza“ ist die Antwort des Königs entschieden ablehnend ausgefallen. Man hofft, fügt das Blatt hinzu, daß diese entschlossene Zurückweisung der „antifranzösischen“ Politik Garibaldi belehren werde, daß sich Norditalien nicht ins Schlepptau nehmen lasse und daß die gefährdrohende Krißis in Neapel und Sizilien schnell eine Piemont günstige Lösung finden werde. Die Spinione vom 20. d. schreibt: Das Parlament werde einberufen, um sein Votum über die Politik, welche zum endlichen Siege der italienischen Sache zu führen hat, abzugeben. Durch die Besetzung Umbriens und der Marken hoffe Piemont Garibaldis anti-annexionistische Ideen zu belehren. Garibaldi sei umgeben von einer Partei, welche den Kaiser Napoleon und das piemontesische Ministerium haßt, welche Frankreich in Rom angreifen wünscht. Piemont weise zurück, was einen Krieg mit Frankreich, oder einen europäischen Krieg herbeizurufen droht.

Die sardinische Regierung hat an ihre Repräsentanten im Auslande in Bezug auf den Einmarsch sardinischer Truppen in den Kirchenstaat ein Rundschreiben gerichtet, welches im Uebrigen nur eine Umschreibung der aus demselben Anlaß ergangenen Proclamation Victor Emanuel's ist. Neu aber in diesem Actenstück ist die bemerkenswerthe Stelle, daß die königliche Regierung die zuversichtliche Hoffnung hege, trotz einzelner vorübergehender Mißverständnisse sich im Großen und Ganzen auch jetzt noch im Einklang mit dem leitenden Gedanken der französischen Politik zu befinden. Es wird sich bald zeigen müssen, ob das erfunden ist oder — ausenplaudert.

Aus dem Modenesischen wird der „Tr. Stg.“ über die wachsende Mißstimmung gegen die piemontesische Regierung geschrieben. Von einem Ende Modena's zum andern regnet es Demonstrationen gegen dieselbe, in Mirandola und Reggio wurden die piemontesischen Wappen herabgeschlagen u. Da sich das Gerücht verbreitete, der Herzog von Modena werde an der Spitze seiner Truppen einrücken, um dem Papst zu Hilfe zu eilen, so wollte die Bevölkerung, sobald die Avantgarde der herzoglichen Truppen sichtbar würde, sich gegen die Piemontesen erheben.

Aus Rom erfährt das „Giornale di Verona“, daß der Papst über Victor Emanuel und seine Minister (Helfersheer?) die große Erkommunikation ausgesprochen hat. Daß die Kirche endlich zu dieser äußersten Maßregel, die das Land mittrifft, greifen würde, war zu erwarten. Das Maß ist übertoll.

Dem „Volksefreund“ wird „glaubhaft“ versichert, es sei an die europäischen Regierungen aus Rom die amtliche Mittheilung gelangt, daß vom Revolutions-  
ausschuß zwei Glende ausgesendet wurden mit dem Auftrage, den heil. Vater zu ermorden.

**Wien**, 21. September. Das unglückliche Schicksal, welches die päpstliche Armee unter dem General Lamoricière betroffen hat, ist der Persie die zuzuschreiben, mit welcher die sardinische Regierung gehandelt hat, indem sie nicht nur nicht auf die Antwort auf ihr nach Rom gesandtes Ultimatum, sondern nicht einmal auf die wirkliche Uebergabe desselben an Antonelli wartete, vielmehr sofort in zwei starken Colonnen in den Kirchenstaat einrückte. Der General Lamoricière hat in seiner Ehrlichkeit die sardinische Regierung eines so ehrlosen Verfahrens nicht für fähig gehalten, sondern war nur auf ein Vorrücken Garibaldi's von Süden her gefaßt, und hatte hauptsächlich dagegen seine Vorkehrungen getroffen, in den nördlichen Städten Besatzungen lassend, die wohl diese in Zaum halten konnten, nicht aber stark genug waren, um den an Zahl ihnen so außerordentlich überlegenen regulären Truppen mit Erfolg Widerstand leisten zu können. Sene Besatzungen wurden kriegsgefangen, Lamoricière verlor dergestalt binnen sehr wenigen Tagen sechstausend Mann und wurde überdies durch die raschen Bewegungen der sardinischen Generale von Ancona, seinem Hauptwaffenplage, abgeschnitten. Er mußte sich um jeden Preis die Verbindung mit demselben wieder verschaffen, und lieferte daher das Treffen vom 18., in welchem er gegen mehr als doppelte Uebermacht entschieden den Kürzeren zog. Der Papst hat keine Armee mehr und wird bald auch Ancona einbüßen, welches allen Nachrichten zufolge, eine an Zahl vollkommen ungenügende Besatzung hat, und auch von der Seeseite eingeschlossen ist. Bei dem Unternehmen Garibaldi's gegen das Königreich Sicilien hat die sardinische Regierung sich wenigstens den Schein gegeben, als mißbillige sie dasselbe. Indem sie nach Art der Räuber in die dem Papste gebliebenen Staaten einbrach, die sie sich außerhalb des Reiches des Völkerr Rechtes gestellt, und kann dormal einst nicht verlangen, nach demselben behandelt zu werden.

## Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 11. September 1860.

(Fortsetzung.)

Reichsrath Dr. Polanski: „Es ergibt sich mir hinsichtlich des Militär-Budgets die Bemerkung, daß der Vorschlag für den ganzen Militäraufwand eben deswegen, weil er ein Vorschlag ist, nur eine approximative Ziffer der künftigen wirklichen Ausgaben enthalten könne.

„Diese wirklichen Ausgaben können nun die im Voranschlage vorgesehenen Summen erreichen, sie können dieselben aber auch übersteigen oder hinter ihnen zurückbleiben. Für den Fall, wenn die faktischen Ausgaben den Voranschlag nicht erreichen, sollte das Ersparte meines Erachtens an die Centralkasse zurückgestellt und als Guthaben für das kommende Jahr vorgeschrieben, in keinem Falle aber für andere Zwecke verwendet werden. Der gleiche Vorgang wäre auch bei allen übrigen Verwaltungszweigen einzuhalten. Ich habe diese Bemerkung bei dem Militär-Budget bloß darum erheben zu sollen geglaubt, weil hier die höchste Bedarfsziffer, folglich bei dem Nacheintritte außerordentlicher Ereignisse auch die namhafteste Ersparung möglich scheint. Der von mir angeordnete Grundsatz sollte nicht bloß bei einem Gesamts-Verwaltungszweig, sondern auch bei den einzelnen Abtheilungen derselben beobachtet werden. Es wäre daher, wenn bei einem Verwaltungszweige mehrere Abtheilungen: Pensionen, Bauten, Subventionen u. dgl. bestehen, und bei einer dieser Abtheilungen, z. B. bei den Bauten, 10,000 fl. erspart würden, dieser Betrag an die Centralkasse zurückzulegen und als Guthaben für das kommende Jahr vorzuschreiben. Nicht zulässig und angemessen halte ich es aber, daß in demselben Zweige der Verwaltung die Ersparnisse der einen Abtheilung für eine andere verwendet werden. Es ist mir das Verfahren, welches in dieser Beziehung in der Praxis beobachtet wird, unbekannt. Sollten bestimmte Normen in der Richtung, in welcher ich meine Anschauung entwickelte, bereits bestehen, so würde selbstverständlich jeder Antrag im Sinne derselben meinerseits unterbleiben. Im gegen-



theiligen Falle aber oder in demjenigen einer Ungleichheit oder Unsicherheit im praktischen Vorgange müßte ich mir den Antrag erlauben, daß Ersparnisse des einen Jahres, in welchem Verwaltungszweige oder in welcher Abtheilung jedes einzelnen Verwaltungszweiges dies auch sein möge, immer an die Centralkasse zurückgelegt werden mögen."

Ueber diesen Vortrag des Herrn Reichsrathes Dr. Polaschki wurde von dem Leiter des Finanzministeriums, Reichsrath v. Plener, dahin Aufklärung erteilt, daß das System der Dotationen für die einzelnen Verwaltungszweige gegenwärtig schon derart geregelt sei, daß übrig bleibende Kassareste gar nicht vorkommen können. Es werde das Jahrespräliminare gemacht und Monatsausweise verfaßt, welche wohl die Grundlage der für die einzelnen Verwaltungszweige bei den Kassen eröffneten Kredite bilden, allein die wirkliche Verausgabung der präliminirten Beträge finde auch nur nach dem wirklichen Bedarfe statt. Es sei also keine Rede davon, daß der ganze Bedarf in vorzueine in die Kasse abgegeben werden und in derselben sonach manchmal Reste übrig bleiben. Ein Gut haben irgend eines Verwaltungszweiges oder einer Abtheilung derselben und die Möglichkeit, damit anderweitig zu disponiren, sei bei den bestehenden Einrichtungen nicht denkbar, und daher eben so wenig eine Zurückstattung an die Centralkasse, weil von der letzteren eben nur die durch die Nothwendigkeit gebotenen Summen den verschiedenen einzelnen Kassen zur Verausgabung zugewiesen werden.

Reichsrath Graf Stokau: „Der Bericht des Komitees hat mir die beruhigende Ueberzeugung gewährt, daß es in der Absicht der hohen Militärverwaltung liege, bei den Ausgaben alle mit den Finanzverhältnissen der Oesterreichischen Monarchie im Einklange stehenden Ersparnisse einzutreten zu lassen. Aus diesem Vortrage geht ferner hervor, daß trotz einer Verringerung des Armeeaufwandes auf 90 Millionen Gulden unter der Voraussetzung friedlicher Zeitumstände die Armee in jener Stärke erhalten werden dürfte, welche durch die Stellung der Oesterreichischen Monarchie geboten erscheint. Der Vorschlag des Militär-Budgets ist wohl zunächst derjenige, welcher sich nicht genau und verlässlich bejournen läßt. Derselbe kann wohl auf ein für den Friedensstand maßgebendes Minimum herabgesetzt werden, ist aber seiner Natur nach ein solcher, der bei den geringsten aus den politischen Verhältnissen sich ergebenden Umständen überschritten und sonach der Militäraufwand diesen Umständen angepaßt werden muß. Bei den jetzt obwaltenden drohenden Verhältnissen scheint es mir im Zwecke und im Wirkungskreise des hohen Reichsrathes zu liegen, daß für die mögliche Eventualität eines Krieges schon jetzt Vorkehrung getroffen werde. Jene Mittel, welche bisher in außerordentlichen Fällen zur Deckung des außerordentlichen Militäraufwandes zur Anwendung kamen, wie Anlehen vom Auslande, freiwillige Anlehen im Inlande, Vorschüsse von der Nationalbank, scheinen mir erschöpft. Es dürfte daher für den Fall, wenn es die Umstände erheischen sollten, daß die Armee mit neuer Macht ausgerüstet werde, um allen vom Auslande drohenden Eventualitäten siegreich entgegenzutreten zu können, rechtzeitig auf die Mittel hierzu fürzudenken und dieses nicht auf den Augenblick zu verschieben sein, wenn die Gefahr bereits vorhanden ist und die Zeit zu sehr drängt, um die Sache auf jene Weise durchzuführen, die der Gerechtigkeit und Billigkeit Denjenigen gegenüber entspricht, von welchen notwendiger Weise die Mittel herbeigeschafft werden müssen. In diesem Augenblicke stehen wir noch unter dem Drucke der letzten Kriegszuschläge und es ist nach der im Budget dargelegten Sachlage nicht vorzusehen, daß von denselben, so lange die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse fortdauern, werde Umgang genommen werden können. Wenn ich es für nothwendig halte, schon jetzt auf die Zukunft bedacht zu sein, so schwebt mir die Betrachtung vor, daß es nicht anbe, dann, wenn man die Armee augenblicklich braucht, sie aus der Erde zu stampfen, und die Schlachten und Kriegereignisse der Jetztzeit erfordern doch schnelle Schlagfertigkeit der Armee. Durch die Beschleunigung der Kommunikationen mittelst der Eisenbahnen gewinnt die Disposition der Streitkräfte sehr an Geschwindigkeit und es werden die nöthigen Truppenkörper für die maßgebende Entscheidung mit größter Schnelligkeit auf den einen oder den anderen Punkt hingeführt, wobei natürlich nur die kürzeste Zeit übrig bleibt, sich hiergegen vorzusehen."

„Vor Allem ist es nothwendig, wenn die Armee gut organisiert und Alles zu ihrer Schlagfertigkeit vorbereitet sein soll, daß die zu diesem Zwecke erforderlichen Geldmittel vorhanden seien. Die in solchen Fällen früher angewendeten Mittel sind, wie ich bereits oben erwähnte, erschöpft. Mir scheint es nun, daß es unsere Aufgabe, jetzt schon jenen Modus der Vertheilung von Steuerzuschlägen für den Kriegsfall, wie er im Falle des Bedarfes am zweckmäßigsten zu bestimmen wäre, in Beratung zu nehmen. Es fällt mir allerdings schwer, diesen Punkt gegenwärtig zu berühren; allein ich glaube mich hierzu durch die Erfahrung gedrängt, daß die Belastung mit dem bestehenden Kriegszuschläge nicht in der Art und Weise vertheilt wurde, wie es die Gerechtigkeit und die Billigkeit erheischen hätten. Um nun vorzubeugen, daß etwa weiter nothwendig werdende Steuerzuschläge nicht von dem Finanzministerium nach einer Modalität umgelegt würden, deren Detail unbekannt bleibt, und die nur verschiedene Projekte festsetzt, ohne für das Allgemeine näher motivirt zu sein, erlaube ich mir den Antrag, daß eine Kommission ernannt werden möge, welche für den Fall der Nothwendigkeit einer Erhöhung des Militärbedarfs sich damit zu beschäftigen hätte, die Modalitäten, welche der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen, mit Hinblick auf jene festzusetzen, welche bestimmt sein werden, diese erhöhte Kriegssteuer zu

leisten. Ist der Augenblick da und sind die Geldmittel nicht vorhanden, dann ist die Auffindung des zweckmäßigsten Modus schwierig und jeder Zahlungspflichtige wird unvorbereitet getroffen. Ist dieser Modus aber im Momente der Noth durchgeführt, auf richtiger Basis bewirkt, mit Beziehung jener Faktoren ermittelt, die berufen sind die nöthigen Beiträge zu leisten, so ist zu hoffen, daß er bessere Aufnahme finden würde. Ich zweifle keinen Augenblick, daß jener schöne Aufschwung von patriotischer Aufopferung, der sich bei den letzten Kriegereignissen in so glänzender Weise gezeigt hat, vorkommenden Falls auch wieder hervortreten werde. Allein hierin liegt nicht das zureichende Mittel. Selbst der Errichtung von Freiwilligen-Bataillonen kann ich in doppelter Hinsicht, nämlich in militärischer und finanzieller nicht beistimmen. So sehr ich darin allerdings einen schönen Beweis von Patriotismus finde, so spricht doch in militärischer Beziehung der Umstand dagegen, daß der größte Theil solcher Freiwilligen eben auch berufen wäre, in die reguläre Armee einzutreten und daß jene, welche in die wohl Disciplinirte Armee treten, dann unzweifelhaft bessere Dienste leisten als im Freiwilligen-Corps. Auch aus dem finanziellen Gesichtspunkte kann, in so lange die Organisation der Freiwilligen-Bataillone die jetzige ist, denselben nicht das Wort geredet werden, weil die Opfer, welche für die Freiwilligen-Bataillone auf die einzelnen Provinzen entfallen, nicht im Verhältnisse sind mit jenen, welche nothwendig wären, wenn die Freiwilligen in die Reihen der Armee eingetheilt würden. Abgerechnet also von dem moralischen Eindrucke und der politischen Seite der durch die Errichtung von Freiwilligen-Bataillonen sich fundgebenden patriotischen Gesinnung vermag ich mich mit dieser Institution nicht zu vereinigen. Meine Ansicht geht somit dahin, daß die Modalitäten über die Beitragsleistungen für eine eventuelle erhöhte Kriegssteuer mit Beziehung jener Faktoren, die berufen sind, der Leistung derselben sich zu unterziehen, schon gegenwärtig in Ueberlegung und Verhandlung genommen werden."

Reichsrath Fürst Salm: „Ich halte den Vorschlag den wir soeben von Seite des Herrn Grafen Stokau vernommen haben, bei aller Zustimmung zu den Motiven, durch welche derselbe veranlaßt wurde, doch nicht für praktisch. Entweder wird eine solche Kommission ernannt, bevor alle übrigen organisatorischen Institutionen des Kaiserstaates ins Leben gerufen sind, und dann wird die Kommission in derselben Lage sich befinden, in welcher der Reichsrath selbst ist, sie wird eben nur aus Privat-Vertrauensmännern und zwar Vertrauensmännern Sr. Majestät bestehen. Wie können sich dieselben nun anmaßen, über so umfassende Verhältnisse zu urtheilen und Wege anzugeben, die den Interessen derjenigen, welche davon betroffen werden, auch entsprechen würden?"

„Erst dann, wenn die in Aussicht gestellten Institutionen im Reiche wirklich bestehen werden, erst dann wird dasjenige gegeben sein, was dem Antrage des Herrn Vorredners vorzuziehen ist."

„Erst dann werden die Faktoren vorhanden sein, welche sich mit den Modalitäten beschäftigen können, wie der erhöhte Bedarf am zweckmäßigsten eingebracht werden kann, so wie auch, was noch viel wichtiger scheint, wie er vollkommen gleichmäßig vertheilt werden würde."

Reichsrath Fürst Salm fügte bei, sich aus den von ihm entwickelten Gründen gegen den Antrag des Grafen Stokau erklären zu müssen.

Zu dieser Richtung sprach sich auch der Reichsrath Freiherr von Petrinö aus und setzte hinzu, daß er sich noch zu der Bemerkung veranlaßt sehe, es sei ihm aufgefallen, daß nach den Bifferanzlagen jeder Mann bei der Landarmee durchschnittlich 166 fl. koste, während bei den Jägern die Kosten für je einen Mann durchschnittlich sich nur auf 115 fl. belaufen, obgleich die Uniformirung bei den Jäger-Bataillonen doch viel kostspieliger als bei der Landarmee sei. Hierauf erwiderte der Vertreter des Armees-Ober-Kommandos FML. v. Schmerling, daß die Auslagen für einen Linien-Infanterie-Soldaten durchschnittlich nur ungefähr 113 fl. und bei den Jägern 117 fl. betrügen.

Reichsrath Freiherr v. Petrinö entgegnete, im Militär-Budget seien die Kosten für die Landarmee mit 125.550 Mann mit 10.823.746 fl., für die Jäger mit 27.211 Mann mit 4.056.209 fl. ausgewiesen, wozu noch auf den Mann die von ihm früher nach Verschiedenheit der Truppengattung berechnete Kosten-Biffer entfallen.

FML. v. Schmerling bemerkte hieüber, zufolge der bestehenden Organisation des Heeres komme bei den Linien-Infanterie-Regimentern zu berücksichtigen, daß bei denselben mehr Stabsofficiere beständen, in dieselben die Ergänzungsbezirke gehörten und die Rekrutierungs-Auslagen kostspieliger seien. Alles dieses müsse in die Biffer des Durchschnittes der angegebenen Auslagen eingerechnet werden.

Reichsrath Fürst Colredo fügte zu den Bemerkungen des Vertreters des Armees-Oberkommandos noch hinzu, daß die Kosten der Landarmee und beziehungsweise jedes einzelnen Mannes derselben darum höher erscheinen, weil bei der Land-Armee auch die Kavallerie und Artillerie inbegriffen sei, und zwar im Gegensatz zu den Jägern.

Reichsrath Dr. Hein: Ich würdige vollkommen die patriotischen Gefühle und Motive, welche den Herrn Reichsrath Grafen Stokau zu seinem vorangehenden Antrage bewogen. Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß für den Kriegsfall überhaupt kein Budget aufgestellt werde, und daß dies auch unmöglich sei. Darum glaube ich, daß der hohe Reichsrath am Besten thun würde, in dieser Beziehung die Initiative der Regierung abzuwarten. Nicht unerwähnt vermag ich zu lassen, daß jeder Zuschlag zu den bestehenden Steuern meines Erachtens bei weitem nicht aus-

reichen dürfte, um die Kosten der Kriegserfordernisse zu bestreiten und zu decken, es wird hiefür zu viel höheren und ergiebigeren Hilfsquellen gegriffen werden müssen, und es scheint in dieser Beziehung der Vorschlag sich zu rechtfertigen, daß die Anträge hieüber am besten der Finanzverwaltung überlassen zu bleiben hätten. Ich könnte mich daher mit dem Antrage des Herrn Grafen Stokau nicht vereinigen."

Nachdem der Antrag des Grafen Stokau keine Unterstützung fand, wurde über denselben hinweggegangen.

(Fortsetzung folgt.)

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Sept. Sr. Maj. der Kaiser hat heute an einer im Würzburg abgehaltenen Jagd theilgenommen und wird morgen nach Schönbrunn zurückkehren. Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna wird am Dienstag auf der Durchreise von Triest nach Prag in Schönbrunn eintreffen.

Ihre k. Hoheit die Erzherzogin Gisela erhält Unterricht in der ungarischen, böhmischen und französischen Sprache. In letzterer Sprache soll die Erzherzogin schon ziemlich geläufig sich ausdrücken können.

Sr. kais. Hoh. Erzherzog Joseph beehrte heute Vormittag den hier anwesenden Prinzen Wilhelm von Lippe-Schaumburg mit einem Besuche.

Sr. k. Hoh. der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben die Protektorstelle der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft des Herzogthums Salzburg gnädigst übernommen und hundert Gulden zur Förderung der Vereinszwecke angewiesen.

Der k. k. österr. Gesandte am k. sächsischen Hofe Herr Baron Werner, wird in vier Tagen auf seinen Posten nach Dresden sich begeben.

Der k. k. Bevollmächtigte Herr Baron Adolf von Brenner und der Herr Ministerialrath Ritter von Salzmann sind von Mailand hier eingetroffen; dieselben waren bekanntlich Mitglieder der zur Theilung der lombardisch-venetianischen Schuld in Mailand eingesetzten Kommission.

Der großh. Gesandte am hiesigen Hofe Baron v. Riedt wird Anfangs Oktober aus Heidelberg, der dänische Gesandte Graf Bille-Brähe aus Kopenhagen hier eintreffen.

Der neapolitanische Gesandte Fürst Petrucci wurde am Mittwoch von Sr. Maj. dem Kaiser zu Schönbrunn in einer besondern Audienz, die über eine Stunde dauerte, empfangen.

Der k. k. Botschafter Fürst Metternich wird nächste Woche von seinem Gute in Böhmen hier eintreffen und sodann nach kurzem Aufenthalt in Wien nach Paris reisen.

Der k. k. Contre-Admiral Ritter v. Pöhl, welcher dieser Tage von Triest hier eintraf und im Hotel zum „Wilden Mann" abstieg, wurde vorgestern von Sr. Maj. dem Kaiser in besonderer längerer Audienz empfangen und ist gestern nach Triest zurückgereist.

In der Sitzung des k. k. verstärkten Reichsrathes vom 22. Sept. kamen die innere Lage des Staates und die allgemeinen leitenden Grundsätze zur Regelung derselben zur Berathung. Graf Clam (Berichtersteller) beantragte zunächst einen die Preßzustände betreffenden Zusatz zu dem Berichte, des Inhalts: In Berücksichtigung des Umstandes, daß gegenwärtig auf dem Gebiete der Presse überhaupt und der periodischen Presse insbesondere administrative Maßregeln mit richterlichen Funktionen sich dergestalt durchkreuzen, daß sie jene sichere Gränzlinie vermissen lassen, welche ein gesetzliches Eingreifen vom willkürlichen Vorgehen scheidet, und in Berücksichtigung der Bedenken, welche aus dem Abgange eines gesicherten Rechtszustandes für die Presse und in weiterer Rückwirkung für das öffentliche Wohl erwachsen, stellt sich die baldige Regelung der Preßverhältnisse im Sinne einer gesetzlich-freien Bewegung derselben als ein unabwendbares Bedürfnis heraus. Der Antrag des Grafen Clam wurde einstimmig angenommen. Reichsrath Ritter von Krainski brachte hierauf die Sprachenfrage bezüglich Polens in Anregung. Sowohl durch Staatsverträge als durch allerhöchste Zusicherungen sind den Polen die Erhaltung nationaler Institutionen zugesagt, demungeachtet sei in dem Bereiche des Unterreichs diesen Zusagen nicht genügt worden; die polnische Sprache sei auch für die Wissenschaft reif; bei den Gerichten werde, angeblich gestützt auf eine Entschließung vom Jahre 1852, die polnische Sprache mehr und mehr verdrängt, selbst bei den Gerichten auf dem Lande, wo sie früher wenigstens durch die Patrimonialgerichte in Uebung blieb. Erst in neuester Zeit sei durch den gegenwärtigen Minister des Innern die polnische Sprache in der Administration wieder heimisch geworden, wodurch das Land sich zu großem Dank verpflichtet fühle. Oesterreich habe besondere Ursache, die polnische Bevölkerung in dieser Beziehung zu befriedigen. Heimberger widerspricht den Darstellungen Krainski's und sagt, er selbst habe in seiner amtlichen Thätigkeit mehrere Prozesse in polnischer Sprache begutachtet. Graf Rechberg: Die angeführten Vertragsbestimmungen seien sehr vag; demungeachtet werde Sr. Majestät der Kaiser den Grundsatz treu zur Ausführung bringen, den Er in der Ansprache an den Reichsrath verkündigt habe. Graf Clam formulirte den Antrag des R. von Krainski dahin, daß er einen Zusatz zum Berichte des Inhalts beantragte: Die Bestimmungen beschränke sich in sprachlicher Hinsicht nicht nur auf das Feld des öffentlichen Unterrichts, sondern mache sich auch auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens in tiefverfühlender Weise geltend. Dieser Zusatz wurde allseitig angenommen. Darauf wurde der Bericht zu Ende gelesen und auch das Mi-

noritätsvotum. Graf Szécsen erörterte, daß die Majorität die principielle Beurtheilung des Budgets als ihre Aufgabe angesehen habe. Die Ursachen der Mißstände seien im verfehlten Regierungssystem gelegen, welches den Character der Monarchie verkannte. Man müsse endlich der historisch-politischen Individualität der einzelnen Länder ihr Recht gewähren. Die Frage des Verhältnisses von Ungarn trte in den Vordergrund; er spreche es hier aus, daß Ungarn für Oesterreichs Bestand ebenso unerlässlich sei, wie Oesterreichs Bestand für Ungarns Heil. Die Aufgabe sei, die historisch-politische Individualität der einzelnen Länder einerseits wieder zu beleben, andererseits den Gesamtverband des Staates unantastbar hinzustellen. Den Weg hierzu anzugeben, sei Aufgabe des Reichsrathes. Das politische Leben müsse sich auch durch municipale Institutionen nach unten ausbreiten; dies solle mit gleichen Rechten überall durchgeführt werden. Die Ausführung in concreto müsse dem Einvernehmen des Monarchen mit den Landesvertretungen anheimgestellt werden. — Graf Clam empfahl den Majoritätsantrag zu allgemeiner Annahme. Er besorgte nichts von centrifugalen Bestrebungen; das Majoritätsvotum strebe nicht die Wiederherstellung, sondern die Verjüngung des Gewesenen, ständische Institutionen in verjüngter Gestalt an. — Dr. Hein rechtfertigte das Minoritätsvotum. Er ist gegen eine einfache Wiederbelebung der früheren Institutionen. Die Faktoren des Staatslebens haben sich anders entwickelt. Er vermisse im Majoritätsvotum alle Bestimmtheit, wie weit zurückzugreifen wäre. Wenn die Majorität ihre Absichten klarer präcisirte, würden sich vielleicht Anhaltspunkte zur Einigung mit der Minorität auffinden lassen. Vor allem sei es nothwendig, die Ansicht der Majorität über die Entwicklung des Reichsrathes zu wissen; dieser müsse höher stehen als die Landesvertretungen. Er hoffe, die Majorität werde den Schlussworten des Minoritätsvotums beistimmen, welche die Reicheinheit mit der möglichsten Erhaltung der Autonomie der Kronländer beabsichtigen.

Die nach der „Aut. Korr." gegebene Mittheilung, daß Mgr. Bellá, beim Ueberfall von Pesaro gefangen, nach Turin geführt und dort entlassen, hier eingetroffen sei, ist eine irrthümliche. Mgr. Bellá befindet sich in Venedig.

## Deutschland.

Die in Heidelberg tagenden deutschen Landes- und Forstwirthe haben zum Versammlungsort für das nächste Jahr Schwerin, für die im Jahre 1862 abzuhaltende Versammlung Trier gewählt.

## Frankreich.

Paris, 20. Sept. Der Moniteur enthält heute nichts von der Kaiser-Reise. Der Telegraph nach Algier, war gestört ist aber wieder hergestellt. Der Kaiser und die Kaiserin waren am 22. d. in Marseille eingetroffen. — In militärischen wie in kirchlichen Kreisen tadelt man, im Hinblick auf den für die päpstliche Armee so verderblichen Angriff, den überflüthigen Gegenmarsch, wodurch Lamoricière die Piemontesen zwischen zwei Feuer zu bringen gedachte. Man kann sich denken, welche Bestürzung in der legitimistischen Welt herrscht, die viele der Jhrigen zur Vertheidigung des päpstlichen Stuhles zu Lamoricière geschickt hatte. Bis jetzt ist man noch auf die seit gestern über Turin eingelaufenen Depeschen beschränkt. — Heute berichtet man, daß der Kaiser in Turin von dem formellen Widerstande Kenntniß gegeben habe, den er der Annexion der von den piemontesischen Truppen besetzten Gebietsheile des Kirchenstaates entgegenzusetzen werde. Vielleicht ist dies eine indirecte Antwort auf die bitteren Beschwerden Antonelli's, daß Herr Thowenel in seinen früheren Notan an den römischen Stuhl versprochen habe, Frankreich werde jeden Angriff auf die Marken und auf Umbrien zu verhindern wissen. Die Bischöfe veröffentlichten Hirtenbriefe, um die Intervention Frankreichs zu Gunsten des Papstes zu fördern.

„Man hat in Toulon auf den Kaiser geschossen" — meldeten wir vor drei Tagen. Das ist nicht wahr, sagt heute die „Patrie"; „die Nachricht von einem verbrecherischen Attentat auf die Person des Kaisers ist vollständig falsch." Mit dem Schusse hat es aber gleichwohl seine Richtigkeit. Ein ehemaliger Postbeamter Namens Burle, ein überspannter Kopf, hatte seit zehn Jahren für Louis Napoleon, den er vergiftet, mit einer alle Logik übersteigenden Hingebung Propaganda zu machen gesucht, war aber, da er über der Politik seine ordinäre Berufspflicht versäumte, von der ihm vorgesetzten Behörde aus dem Dienste entlassen worden. Der Kaiser hatte ihm seitdem Privat-Unterstützung gewährt und auch bei einem seiner Kinder die Pathe gestanden. Dieser Enthusiast wünschte sich nun in Toulon seinem erhabenen Gewalter persönlich vorzustellen und versiel, da die Polizei ihm jede Annäherung unmöglich machte, auf die zwar nicht mehr ganz neue Idee, die Aufmerksamkeit des Kaisers durch einen Knall-Effect auf sich zu ziehen. Als Kaiser und Kaiserin die Neustadt passirten, fiel der Schuß; Burle hatte ein Pistol in die Luft geknallt. Allerdings dachte Alles im ersten Augenblicke an ein Attentat; als aber die Polizei den Freudenstößen gepackt und erkannt hatte, daß der Knall nur eine Huldbigung hatte sein sollen, löste sich Alles in Wohlgefallen auf. Burle erhielt ein paar Maulschellen; damit war die Sache abgethan.

Das Touloner Attentat war auch schon Gegenstand einer officiellen Rundgebung und Erklärung. Der Minister des kaiserlichen Hauses Herr Fould hat, wie man aus Paris schreibt, den ihm befreundeten Diplomaten die amtlichen Berichte aus Toulon mitgetheilt, woraus erhellt, daß gegen fünf Uhr Abends, als der Kaiser und die Kaiserin die Abgeordneten der Landesgemeinden an sich vorüberziehen ließen, sich unter den



Rom 24. September 1800.  
 Angelkommen sind die Herrn Gutes.: Eigmund Graf Et-  
 rjenski aus Polen. Kommand de Zergonde a. Wilucz. Imoteton  
 Wodnacki aus Stanislawow. Ignaz Druzbacki aus Radom.  
 Franz Mynarecki aus Stara wies gorna. Anton Dembicki a.  
 Kluczkowice. Wladimir Graf Djablowsky a. Lemberg.  
 Abgereist sind die Herrn Gutes.: Labiulsen Michalowski  
 nach Bistupiec. Richard Andrzejewicz nach Wilno. Franz  
 Trager k. k. Ministerial-Konzeipt, Leopold v. Hülsheim Rech-  
 nath nach Wien. Kajetan Röß, Gen.-Insp. nach Przemysl.  
 Peter Polowzow, Rad.-Insp. nach Rußland.







Nr. 5956.

Kundmachung.

(2101. 2-3) L. 5956,

Obwieszczenie.

Bei der galiz. k. k. Postdirection erliegen die im nachstehenden Verzeichnisse angeführten, in Woynilów, Bojan, Łacko, Stanisław und Krakau aufgegebenen als unbestellbar zurückgelangten Fahrpostsendungen. Die Aufgeber und sonstigen Parteien, welche einen begründeten Anspruch auf eine dieser Sendungen haben, werden aufgefordert ihren Anspruch längstens binnen drei Monaten vom Tage dieser Kundmachung anfangen um so gewisser geltend zu machen, als nach fruchtloser Verstreichung dieser Frist nach dem §. 31 der Fahrpostordnung vom 6. Juli 1838 das Amt gehandelt werden wird.

Post-Nr.	Aufgabsort	Bestimmungsort	Adresse	Inhalt	Worth		Gewicht	Porto		Anmerkung
					fl.	kr.		fl.	kr.	
1	Woynilów	Tarnów	Georg Ungvari	B. N.	13	.	.	11	.	
2	Bojan	Prag	Katharina Palivez	"	2	.	.	15	.	
3	Łacko	Tarnów	Adam Morawski	Schriften	12000	.	.	7	43	
4	Stanisław	Lemberg	Lewicki	Efecten	10	.	7	24	.	
5	"	Wien	Krycaniuk	B. N.	2	.	.	15	.	
6	"	Stryjówka	Brzozowski	Dok.	5	25	.	9	.	
7	"	Lemberg	Moraziewicz	B. N.	2	10	.	16	.	
8	"	Triest	Semion	Dok.	20	6	22	34	.	
9	Krakau	Neu-Titschein	Gradzicka	B. N.	5	.	.	14	.	
10	"	Barabuth	Jäger	"	1	.	.	10	.	
11	"	Podlipie	Kolodziej	"	2	.	.	56	.	
12	"	Gyula	Latajcz	Dok.	2	.	10	18	.	
13	"	Dombrowa	Domino	B. N.	2	.	.	16	.	
14	"	Kronstadt	Janrak	"	2	.	.	28	.	
15	"	Zara	Swiatnicki	S. M.	30	.	.	37	.	
16	"	Lemberg	Benoni	Dok.	3	.	18	26	.	
17	"	Piotrków	Zwalosiński	B. N.	5	.	.	18	.	
18	"	Ankona	Jarmakowski	"	3	.	.	13	.	
19	"	Weseli	Matloch	"	1	.	.	13	.	
20	"	Mrzygłoda	Szaflik	"	5	3	16	184	.	
21	"	Triest	Zerel	Dok.	6	7	13	26	.	
22	"	Paris	Jundzil	B. N.	3	.	.	13	.	
23	"	Sandomierzycze	Jaskowski	"	3	.	.	23	.	
24	"	Stry	Bugay	"	1	.	.	12	.	
25	"	Pest	Ciesielski	"	3	3	12	120	.	
26	"	Wien	Schwanenfeld	Dok.	4	45	.	14	.	
27	"	Szegedin	Konga	"	5	.	.	12	.	
28	"	Tarnów	Ptaszynska	B. N.	26	25	.	41	.	
29	"	Wien	Cygan	"	2	.	.	12	.	
30	"	Graz	Schon	"	5	.	.	17	.	
31	"	Wien	Maruszczak	"	8	1	16	33	.	
32	"	Ankona	Mastoch	Dok.	27	1	16	64	.	
33	"	Dembica	Pasterski	"	1	.	.	13	.	
34	"	Lemberg	Selvester	B. N.	15	.	.	20	.	
35	"	Prag	Slizak	S. M.	45	.	.	45	.	
36	"	Miskolcz	Glauber	"						
37	"	Bosior	Lipmann	B. N.						

Von der k. k. galizischen Post-Direction.  
Lemberg, am 6. August 1860.

W przechowaniu c. k. dyrekcji poczt galicyjskich znajdują się w następującym wykazie wyszczególnione, w urzędach pocztowych w Woynilowie, Bojanach, Łacku, Stanisławowie i w Krakowie nadane posyłki pocztu wozowej, które niemoga podług adresu być doręczone do miejsca nadania zwrócone były.

Wzywa się zatem nadawców i interesowanych, którzy do własności tych posyłek prawo sobie roszczą, aby w przeciągu trzech miesięcy od wydania niniejszego obwieszczenia tem pewniej po takowe z dowodami własności się zgłosili, ile że po upływie tego terminu, §. 31 przepisu pocztowego z dnia 6. Lipca 1838 zastosowany zostaje.

Numer	urząd nadawczy	miejsce przeznaczenia	a d r e s	przedmiot załączony	wartość		waga	porto	U w a g a
					złr.	c.	g.	złr.	
1	Woynilów	Tarnów	Grzegorz Ungvari	B. N.	13	.	.	11	
2	Bojan	Praga	Katarzyna Palivez	"	2	.	.	15	
3	Łacko	Tarnów	Adam Morawski	pisma	12000	.	.	7 43	
4	Stanisławów	Lwów	Lewicki	efekta	10	.	7	24	
5	"	Wiedeń	Krycaniuk	B. N.	2	.	.	15	
6	"	Stryjówka	Brzozowski	dok.	5	25	.	9	
7	"	Lwów	Moraziewicz	B. N.	2	10	.	16	
8	"	Tryest	Semion	"	20	6	22	34	
9	Kraków	Nowy-Tytczyn	Gradzicka	dok.	5	.	.	14	
10	"	Barabuth	Jäger	B. N.	1	.	.	10	
11	"	Podlipie	Kolodziej	"	2	.	.	56	
12	"	Gyula	Latajcz	"	2	.	10	18	
13	"	Dombrowa	Domino	dok.	2	.	.	16	
14	"	Kronstadt	Janrak	B. N.	2	.	.	28	
15	"	Zara	Swiatnicki	"	30	.	.	37	
16	"	Lwów	Benoni	S. M.	3	.	18	26	
17	"	Piotrków	Zwalosiński	dok.	5	.	.	18	
18	"	Ankona	Jarmakowski	B. N.	3	.	.	13	
19	"	Weseli	Matloch	"	1	.	.	13	
20	"	Mrzygłoda	Szaflik	"	5	3	16	184	
21	"	Tryest	Zerel	dok.	6	7	13	26	
22	"	Paryż	Jundzil	B. N.	3	.	.	13	
23	"	Sandomierzycze	Jaskowski	"	3	.	.	23	
24	"	Stryj	Bugay	"	1	.	.	12	
25	"	Pest	Ciesielski	"	3	3	12	120	
26	"	Wiedeń	Schwanenfeld	dok.	4	45	.	14	
27	"	Szegedyn	Konga	"	5	.	.	12	
28	"	Tarnów	Ptaszynska	B. N.	26	25	.	41	
29	"	Wiedeń	Cygan	"	2	.	.	12	
30	"	Graz	Schon	"	5	.	.	17	
31	"	Wiedeń	Maruszczak	"	8	1	16	33	
32	"	Ankona	Mastoch	dok.	27	1	16	64	
33	"	Dembica	Pasterski	"	1	.	.	13	
34	"	Lwów	Selvester	B. N.	15	.	.	20	
35	"	Praga	Slizak	S. M.	45	.	.	45	
36	"	Miskolcz	Glauber	"					
37	"	Bosior	Lipmann	B. N.					

Od c. k. galic. Dyrekcji pocztowej.  
L w ó w, dnia 9. Sierpnia 1860.

Nr. 1263.

Kundmachung

(2103. 2-3)

über die zu Folge hohen k. k. Landes-General-Commando-Verordnung Abth. 5 Nr. 4256 ddo. Lemberg am 4. September 1860 behufs Sicherstellung der Militär-Verpflegs-Bedürfnisse vom 1. November resp. 1. December 1860 bis Ende November 1861 abgehalten werdenden öffentlichen Offerts-Verhandlungen im Bezirke.

A. Lieferung.

Am 28. September 1860 Vormittags 10 Uhr in der k. k. Verpflegs-Bezirks-Magazine-Amtskanzlei zu Podgórze wegen Lieferung von 4700 n. ö. Megen Korn à 75 Pfd. pr. Megen in 3 Monats-Raten vom 1. December 1860 bis Ende Februar 1861. Offerte werden auf das ganze Quantum und auf kleinere Partien jedoch nicht unter 200 Megen angenommen und sind selbst mit 10% Badium in der Amtskanzlei des Magazins bis Schlag 12 Uhr Mittags am Verhandlungs-Tage einzureichen. Später einlangende Offerte, werden als Nachtrags-Offerte behandelt werden.

B. Subarrondierung.

Die Subarrondirungs-Verhandlung wird gepflogen		Die Erforderniß besteht																Diese Erforderniß wird zur Subarrondirung verhandelt auf die Pachtzeit.		Erforderniß für Durchmärsche von 4 zu 4 Tagen																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
In	Am Tage um 10 Uhr Vormittags	In der Bequartirungs-Station	täglich Portionen				monatlich in												von	bis	Prod & 5 1/2 Loth	Hafer & 1/2 Megen	Heu & 10 Pfd.	Streustroh & 3 Pfd.	Lagerstroh & 12 Pfd.	Klafter Brennholz hartes		weiches		Megen & 30 Pfd. harte Hohlsoble		Pfund Kerzen		Maß Brennöl		Ellen Lampendochte																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
			im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer	im Winter	im Sommer																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
K. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Magazins-Kanzlei zu Podgórze	28. Septbr. 1860	Krakau und Podgórze	.	.	508	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Auch für die Subarrondierungs-Verhandlungen gilt rückfichtlich der Einreichung der Offerte das Obengesagte. Sowohl betreff der Lieferung als der Subarrondierung gelten die bestehenden Normen und können die näheren Bedingungen in der Kanzlei des k. k. Verpflegs-Bezirks-Magazins zu Podgórze eingesehen werden.  
K. k. Militär-Verpflegs-Bezirks-Magazin zu Podgórze, am 12. September 1860.

Nr. 3887.

Kundmachung.

(2078. 2-3)

Vom k. k. Kreisgerichte in Neu-Sandez wird über Ansuchen des Krakauer k. k. Landesgerichtes vom 30sten Mai 1860 Z. 5096 zur Vorname der behufs Einbringung der, vom Herrn Stanislaus Fürsten Jablonowski wider Frau Justine Skibička erhobten Forderung von 190 Duk. in Gold vollw. sammt 5% Zinsen seit 14. Juli 1856 den Executionskosten pr. 14 fl. 6 kr.

Terminen jedesmal um 10 Uhr Vormittags unter nachstehenden Bedingungen wird abgehalten werden.  
1. Der Verkauf geschieht in Pausch und Bogen ohne Uebnahme irgend einer Gewährleistung, und mit Ausschluss des bereits ermittelten und erhobenen Grundentlastungs-Capitals.  
2. Zum Ausrufpreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert dieser Gutschäfte im Betrage von 21,566 fl. 49 1/2 kr. ö. W. angenommen unter

welchem Betrage bei den zwei ersten Teilbietungstagen diese Gutschäfte nicht hintangegeben werden wird.  
3. Jeder Kaufstufte hat vor Stellung des Angebotes 10% des Schätzungswertes im Pauschalbetrage pr. 2200 fl. ö. W. im Baaren oder in öffentlicher auf den Ueberbringer lautenden Staatsschuldschreibungen oder in galizisch ständischen Pfandbriefen, in den gedachten Werthpapieren aber nur



nach dem letzten vom Meistbieter auszuweisenden Curse und nicht über deren Kennwerth als Badium zu Händen der Feilbietungs-Commission zu erlegen. — Das Badium des Erstehers wird zur Sicherstellung der Erfüllung der Feilbietungs-Bedingnisse zurückgehalten, das der übrigen Meistbieter aber gleich nach beendeter Feilbietung zurückgestellt werden.

4. Der Käufer ist verpflichtet ein Drittel des Kaufschillings binnen 30 Tagen nach Zustellung des den Feilbietungsact zu Gericht annehmenden Bescheides an das gerichtliche Depositenamt zu erlegen, in welches Drittel das im baaren erlegte Badium eingerechnet werden wird, die übrigen zwei Drittel aber hat der Ersterer binnen 30 Tagen nach zugestellter Zahlungsordnung und in Gemäßheit derselben durch baaren Ertrag an das Depositenamt des k. k. Sanbezger Kreisgerichtes, oder durch Uebnahme von nach Maßgabe des Meistbotes zur Befriedigung gelangenden Sapposten zu berichtigen und bis zur erfolgten Berichtigung die 5 Procent Zinsen hievon stets halbjährig im Voraus an das gerichtliche Depositenamt zu erlegen. — Sene aus dem Meistbote zur Befriedigung gelangenden Sapporderungen aber, deren Zahlung vor Ablauf der etwa bedungenen Aufkündigungsfrist nicht angenommen werden wollte, hat der Käufer in seine Zahlungspflicht zu übernehmen.

Der Ersterer hat die 5 Procent Zinsen von dem bei ihm bleibenden  $\frac{2}{3}$  Theile des Kaufschillings vom Tage der Einführung in den physischen Besitz der restierenden Gutshälfte zu zahlen.

5. Nach Ertrag der ersten Kaufschillingsrate wird der Ersterer auch ohne sein Anmelden in den physischen Besitz der gekauften Gutshälfte eingeführt werden, seit welcher Zeit alle Steuern, Gemeinabgaben und öffentliche Lasten, so wie alle Gefahren ihn treffen.

6. Zugleich mit der Uebnahme der Gutshälfte wird dem Ersterer auch das Eigenthums-Decret ausgestellt, und er als Eigentümer intabuliert, dagegen seine Verpflichtung die rückständigen zwei Drittel des Kaufschillings unter der Strenge der Relicitation auf die hier im 4. Punkte angeordnete Weise zu berichtigen und zu verzinsen im Passivstande dieser Gutshälfte intabuliert und alle gegenwärtig darauf haftenden Lasten auf den Kaufschilling übertragen werden. — Die für die Uebtragung des Eigenthums zu entrichtende Gebühr ist vom Ersterer allein und aus Eigenem zu bestreiten.

7. Sollte der Ersterer die hier gestellten Zahlungsbedingungen nicht erfüllen, so steht es dem Executionsführer oder jedem Tabular-Gläubiger frei, die Güter auf des Erstehers Kosten und Gefahr auch bei einer einzigen Feilbietung und selbst unter dem Schätzungswerte hintanzugeben zu lassen, in welchem Falle das erlegte Angeid und die allenfalls von dem ersten Ersterer geleisteten weiteren Zahlungen zur Sicherstellung für die denselben obliegende Haftung zu dienen haben, und ihm nur dann und in dem Maße zurückgestellt werden, als bei der Wiederversteigerung sich keine solche Haftung und Ersatzpflicht herausstellt.

8. Sollte weder bei dem ersten noch bei dem zweiten Feilbietungstermine diese Gutshälfte um oder über den Schätzungswert verkauft werden, so wird für diesen Fall zur Festsetzung der erleichternden Feilbietungsbedingungen die Tagesfahrt auf den 22. November 1860 um 4 Uhr Nachmittags anberaumt, und hiezu sämtliche Hypothekengläubiger der Güter mit dem Beifügen hiergerichtes zu erscheinen vorgeladen, daß die Ausbleibenden der Stimmenmehrheit der Erscheinenden für beitreten werden angesehen werden.

9. Den Kaufschilling wird gestattet den Landtafel-Ausgang, Schätzungsact, und das ökonomische Inventar der Güter in der hiergerichtlichen Registratur einzusehen und abschriftlich zu erheben.

Von dieser ausgeschriebenen Feilbietung werden beide Theile, dann der Miteigenthümer und erklärter Erbe der Fr. Justine Skibicka Hr. Alexander Skibicki in Staszkówka wohnhaft, endlich sämtliche Hypothekengläubiger, und zwar die Direction der ersten österreichischen Sparkasse in Wien, die Direction der galizisch-ständischen Creditanstalt in Lemberg, die Krakauer k. k. Finanz-Procureatur bezüglich der Lastenpost vom 113 pag. 118 n. 1 on. und der intabulirten Messalien und des Zehnts Nr. 15 on. nicht minder die Krakauer k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction zu eigenen Händen, dagegen diejenigen Gläubiger, welche mit ihren Forderungen nach dem 7. November 1858 ob diese Gutshälfte in die Landtafel gelangten, so wie diejenigen, denen die Verständigung von der Feilbietungsausschreibung, so wie von den nachfolgenden in dieser Angelegenheit zu erlassenden Bescheiden entweder gar nicht oder nicht zeitlich genug zugestellt werden sollte, mittelst Edictes und zu Händen des aufzustellenden Curators in der Person des Hrn. Landesadv. Dr. Zieliński mit Substituierung des Hrn. Landesadv. Dr. Pawlikowski verständigt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.  
Neu-Sandez, am 23. Juli 1860.

#### N. 3887. Obwieszczenie.

C. k. Sad obwodowy w Nowym-Sączu rozpisuje na wezwanie Sadu krajowego Krakowskiego z dnia 30 Maja 1860 do L. 5096 przymusową sprzedaż publiczną połowy dóbr Staszków, czyli Staszkowy w obwodzie Jasielskim położonych a do p. Justyny Skibickiej według kw. w. 141 st. 449 n. 12 w. jako własność należących w celu zaspokojenia wierzytelności przez p. Sta-

nislawa Księcia Jabłonowskiego przeciw Justynie Skibickiej wywalczonęj w ilości 190 dukatów hol. wazkich w złocie wraz z odsetkami 5% od 14. Lipca 1856 liczyć się mającemi, kosztami egzekucyjnymi w ilości 14 Złr. 6 kr. w. a. i 151 Złr. 31/4 kr. w. a. jako też późniejszymi kosztami egzekucyjnymi, z wyznaczeniem dwóch terminów t. j. na dzień 25. Października i na 22. Listopada 1860 zawsze o godzinie 10. zrana w Sądzie tutejszym, a to pod następującymi warunkami:

1. Rzeczona dobra sprzedają się ryczałtowo niebiorąc za jakikolwiek ubytek odpowiedzialności, oraz z wyjątkiem kapitału już wydobytego i podniesionego za powinności poddańcze.
2. Cenę wywoławczą stanowi wartość szacunkowa tych dóbr w ilości 21,566 złr. 49/4 kr. w. a. niżej tej ceny atoli w pierwszych dwóch terminach tych dóbr się nie sprzedają.
3. Chęć kupienia mającego obowiązkiem jest, przed rozpoczęciem licytacji złożyć jako zakład do rąk komisji licytacyjnej 10% ceny szacunkowej w okragłej ilości 2200 złr. w. a. gotówką lub w publicznych na okaziciela brzmiających obligacjach długu Państwa lub też w galicyjskich stanowych listach zastawnych, które to papiery według ostatniego kursu, którym się ma nabywca wykażać, a nie według ich imiennej wartości obliczać się mają. Zakład nabywcy zatrzymuje się w celu zabezpieczenia wykonania warunków licytacyjnych, innym zaś współkupującym zostanie wydany, zaraz po ukończeniu licytacji.

4. Kupiciela obowiązkiem będzie, złożyć trzecią część ceny kupna w przeciągu dni 30 po doreczeniu mu uchwały akt licytacji potwierdzającej, do depozytu sądowego z wliczeniem zakładu w gotówkę złożonego, drugie zaś dwie trzecie części ma nabywca w przeciągu 30 dni po doreczeniu tabeli płatniczej i w miarę tejże albo przez złożenie gotówką do depozytu Sadu obwodowego w Nowym-Sączu lub przez przyjęcie pożyczki według ceny kupna do zaspokojenia następujących uiszczeń, dopóki to uiszczenie nie nastąpi odsetki po 5% od od tychże dwóch trzecich części zawsze półrocznie z góry do depozytu składać. Wypłatę zaś tych wierzytelności hipotecznych do zaspokojenia z ceny kupna przypadających, którychby wypłacenia przed upływem terminu wypowiedzenia może zawarowanego niechciano przyjąć, ma nabywca obowiązek przyjąć na siebie. Nabywca ma również płacić odsetki po 5% od dwóch trzecich części u niego zostających ceny kupna od dnia wprowadzenia go w fizyczne posiadanie kupionej połowy dóbr rzeczonych.

5. Po złożeniu pierwszej raty ceny kupna nabywca nawet bez zgłoszenia się jego w fizyczne posiadanie kupionej połowy dóbr wprowadzonym zostanie, od którego czasu wszystkie podatki, powinności gminne i ciężary publiczne, niemniej wszelkie niebezpieczeństwa on ponosić będzie.

6. Równocześnie z oddaniem połowy dóbr otrzyma nabywca także dekret własności i zostanie za właściciela zainstabulowanym, zaś obowiązek jego uiszczenia należnych dwóch trzecich części ceny kupna pod surowością relucytacji w sposób w punkcie 4. tutaj opisany oraz placenia odsetek od tychże zostanie w stanie biernym tejże połowy dóbr zainstabulowanym, niemniej wszystkie na tejże zahipotekowane ciężary na cenę kupna przeniesione zostaną. Należytość do przeniesienia własności przypadającą ma nabywca sam z własnego zapłacić.

7. Gdyby nabywca tych tu wymienionych warunków niewypelniał, natenczas wolno będzie nie tylko egzekucję prowadzącemu, ale także każdemu wierzyteliowi tabularnemu, dobra te sprzedać na koszt i niebezpieczeństwo nabywcy nawet w jednym terminie licytacyjnym i to niżej ceny szacunkowej, w którymto razie służyć będą, zadatek złożony oraz dalsze spłaty, któreby już poczynił, na zabezpieczenie odpowiedzialności, do której się zobowiązał i te wtenczas tylko i o tyle zwrócone mu będą, o ile się podobna odpowiedzialność i obowiązek wynagrodzenia przy relucytacji nie wykaże.

8. Na przypadek gdyby tej połowy dóbr ani przy pierwszym ani przy drugim terminie licytacyjnym wyżej ceny szacunkowej sprzedać nie było można, wyznacza się w celu ułożenia lżejszych warunków licytacyjnych termin na 22. Listopada 1860 o godzinie 4tej popołudniu, na który wszyscy wierzyteli hipoteczni dóbr rzeczonych w Sądzie tutejszym stanąć mają, w razie bowiem przeciwnym uważaby się musiało nieobecnych za przystępujących do większości głosów tych, którzy na terminie stanęli.
9. Chęć kupienia mającym wolno wyciąg tabularny, akt szacunkowy i inwentarz ekonomiczny przegladnąć w registraturze Sadu tutejszego, lub też sobie odpisy tych aktów porobić.

O rozpisaniu niniejszej licytacji otrzymuje wiadomienie obie strony, dalej współwłaściciel

i spadkobierca s. p. Justyny Skibickiej, p. Alexander Skibicki w Staszkówce zamieszkały, wreszcie wszyscy wierzyteli hipoteczni t. j. Dyrekcyja pierwszej austriackiej kasy oszczędności w Wiedniu, Dyrekcyja towarzystwa kredytowego stanów galicyjskich w Lwowie, c. k. Prokuratura w Krakowie względem pożyczki ciąż. dom. 113 pag. 118 n. 1 ciąż. tudzież względem zainstabulowanego mesznego i dziesięcin n. 15 ciąż. niemniej c. k. Dyrekcyja funduszu indemnizacyjnego w Krakowie, do własnych rąk, zaś owi wierzyteli, którzy z swemi pretensjami do tabuli krajowej weszli względem tej połowy dóbr po 7. Listopada 1858 również jak ci, którym obecnie wiadomienie o rozpisaniu licytacji jakoteż o następnych w tej sprawie wyżej mających uchwałach, albo zupełnie lub też na czasie doreczonym być niemogło, niniejszem obwieszczeniem i do rąk ustanowionego kuratora w osobie p. adwokata krajowego Dr. Zielińskiego z substytucją p. adwokata krajowego Dra Pawlikowskiego.

Z rady ces. król. Sadu obwodowego.  
Nowy-Sącz, dnia 23. Lipca 1860.

#### Nr. 1370. Kundmachung. (2118. 2-3)

Von der k. k. mähr.-schles. Finanz-Landes-Direction wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß in Folge des hohen Finanz-Ministerial-Erlasses vom 21. August d. J. 3. 35454/751:

- a) die tarifmäßige Einhebung der Verzehrungssteuer und des mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 12. Mai 1859 angeordneten 20procentigen Zuschlages zu der Verzehrungssteuer, dann der Gemeindefußschläge von allen, in dem für die Stadt Brünn gegenwärtig in Wirksamkeit stehenden Verzehrungssteuer-Tarife aufgeführten Artikeln, dann
- b) die Einhebung der Weg- und Brückenmauth in der Station Brünn auf die Dauer eines Jahres, d. i. vom 1. November 1860 bis Ende October 1861 und mit Vorbehalt der stillschweigenden Erneuerung auf die Dauer der B.-Jahre 1862 und 1863 im Wege der öffentlichen Versteigerung verpachtet werden wird.

1. Die Versteigerung wird am 11. October 1860, um 9 Uhr Vormittags bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Brünn abgehalten, und es werden bei derselben mündliche und schriftliche Anbote, welche letztere mit einer Stempelmarke zu 36 Kr. versehen sein müssen, und zwar zuerst bezüglich der beiden unter a und b angeführten Objecte vereint, dann aber auch bezüglich der Weg- und Brückenmauth gesondert angenommen werden.
2. Der Ausrufspreis als einjähriger Pachtzuschlag für die vereinte Verpachtung der Verzehrungssteuer sammt dem außerordentlichen Zuschlage und der Gemeindefußschläge, dann der Weg- und Brückenmauth beträgt 360,597 fl. 30 1/2 Kr., wovon auf die Verzehrungssteuer und den außerordentlichen Zuschlag 246,528 fl. 90 1/4 Kr., auf die Verzehrungssteuer - Gemeindefußschläge 74,023 fl. 40 Kr. und auf die Weg- und Brückenmauth 40,045 fl. entfallen.

Der Ausrufspreis für die Pachtung der Weg- und Brückenmauth allein beträgt 40,045 fl.

3. Zur Pachtung wird Jedermann zugelassen, der nach den Landesgesetzen zu den Geschäften geeignet und die bedungene Sicherheit zu leisten im Stande ist. Für jeden Fall sind hievon diejenigen ausgeschlossen, welche wegen eines Verbrechens zu einer Strafe verurtheilt wurden, oder welche in eine Untersuchung wegen Verbrechen verfallen sind, die bloß aus Abgang rechtlicher Beweise aufgehoben wurde.

Minderjährige Personen, dann kontraktbrüchige Gefällspächter werden zu der Licitations nicht zugelassen, eben so auch diejenigen, welche wegen Schleichhandels oder einer schweren Gefällsübertretung in Untersuchung gezogen und entweder gestraft oder nur aus Mangel der Beweise vom dem Strafverfahren losgelassen wurden, und zwar die Letzteren durch sechs, auf den Zeitpunkt der Uebertretung oder wenn dieser nicht bekannt ist, der Entdeckung derselben folgende Jahre:

4. Wer an der Versteigerung Theil nehmen will, hat vor der Licitations das Badium im Baaren, oder in österreichischen Staatspapieren nach dem Vorkursen u. z.:

- a) wenn ein Anbot für die vermeinte Pachtung der Verzehrungssteuer nebst Zuschlägen und der Weg- und Brückenmauthgebühren zu stellen beabsichtigt, zehn Prozent des Ausrufspreises mit dem Betrage von 36,059 fl. 73 Kr.
- b) Wer bloß die Weg- und Brückenmauth zu pachten willens ist, mit dem 6. Theile des Ausrufspreises, somit den Betrag von 6674 fl. 17 Kr. 6. W. bei der Licitations - Commission zu erlegen.

Es ist gestattet, dieses Badium auch bei einer k. k. Gefällskassa zu erlegen, in welchem Falle der Unternehmer die Quittung jener Kassa, welche das Badium in Empfang genommen hat, der Licitations-Commission zu übergeben hat.

5. Die Genehmigung des Licitationsactes steht dem Finanzministerium zu, und es wird sich ausdrücklich vorbehalten, die Pachtung auch ohne Rücksicht auf das erzielte Bestbot demjenigen Differenzen zu zuerkennen, welcher mit Rücksicht auf seine persönlichen und die sonstigen Verhältnisse als der Geeignteste befunden werden wird.

Dieser Vorbehalt erstreckt sich aber nicht auf die abgesonderten Anbote für die Mäuthen, rück-

sichtlich welcher die im Allgemeinen bestehenden Vorschriften in Anwendung kommen.

Für den Fall, als ein ganz gleicher mündlicher und schriftlicher Anbot vorkommen sollte, wird dem mündlichen, — unter zwei oder mehreren gleichen schriftlichen Anboten aber jenem der Vorzug gegeben, für welchen eine vom Licitations-Commissione sogleich vorzunehmende Verlosung entscheidet.

6. Nach geschlossener Licitations wird kein nachträglicher Anbot mehr angenommen.

7. Bei schriftlichen Anboten ist außer dem hierüber bereits Gesagten noch Folgendes zu beobachten:

- a) Dieselben müssen bis incl. den 10. October 1860 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Brünn versiegelt überreicht werden, indem später eingebrachte Offerte als nachträgliche Anbote angesehen und daher nicht mehr berücksichtigt werden.
- b) Die schriftlichen Anbote müssen das Object, auf welches geboten wird, dann den Betrag der angebotenen, in Zahlen und Buchstaben deutlich ausdrücken, und sind von dem Differenzen mit Vor- und Zunamen, dann Beifügung des Charakters und Wohnortes zu unterzeichnen.
- c) Wenn mehrere Personen gemeinschaftlich ein schriftliches Offert aufstellen, so haben sie in dem Offerte auszubringen, daß sie sich zur ungetheilten Hand, nämlich Einer für Alle, und Alle für Einen dem Ausruf zur Erfüllung der Pachtbedingungen verbinden. Zugleich müssen sie in dem Offerte jenen Mitofferenten namhaft machen, an welchen die Uebergabe des Pachtobjectes geschehen kann.
- d) Diese Anbote dürfen durch keine, den Licitationsbedingungen nicht entsprechende Klausel beschränkt sein, vielmehr müssen dieselben die Versicherung enthalten, daß der Differenzen diese Bedingungen genau befolgen wolle.

Von Außen müssen diese Eingaben als „Offerte“ für das zu beschreibende Object bezeichnet sein. Das Formular eines liegt bei.

- e) Die schriftlichen Offerte sind von dem Zeitpunkt der Einreichung für den Differenzen, für die Finanzverwaltung aber erst von dem Tage, an welchem die Annahme desselben den Anbittern bekannt gemacht worden ist, verbindlich.

8. Wer im Namen eines Andern einen Anbot macht, muß sich mit der gehörig legalisirten Vollmacht seines Machgebers bei der Commission vor der Licitations ausweisen und diese derselben übergeben.

9. Den Anfang des Licitationsactes macht die Versteigerung der vereinten Objecte Verzehrungssteuer (sammt 20 Procent Zuschlag) nebst dem Gemeindefußschläge und der Weg- und Brückenmauth, nach Abschluß dieses Actes wird zur Versteigerung der Mäuth allein geschritten werden.

10. Die näheren Licitationsbedingungen werden vor der Licitations vorgelassen, es können dieselben aber auch während der gewöhnlichen Amtsstunden bei dieser k. k. Finanz-Landes-Direction und bei der hiesigen k. k. Finanz-Bezirks-Direction, dann bei den k. k. Finanz-Landes-Directionen in Wien, Prag, Lemberg und Krakau eingesehen werden.

#### Formular eines schriftlichen Offertes für die vereinten Objecte.

Ich Endesgefertigter biete für die Pachtung der Verzehrungssteuer des Gemeindefußschlages und der Weg- und Brückenmauth (oder für die Pachtung der Weg- und Brückenmauth) in der Stadt Brünn für das B.-Jahr 1861, d. i. für die Zeit vom 1. November 1860 bis Ende October 1861 mit Vorbehalt der stillschweigenden Erneuerung für die B.-Jahre 1862 und 1863 der Jahrespachtzuschlag von fl. fr. 6. W. (mit Ziffern) d. i. Gulden

Neukreuzern (mit Buchstaben), wobei ich beifüge, daß mir die Kontraktionsbedingungen genau bekannt sind, und ich mich denselben unbedingt unterwerfe.

Als Badium lege ich im Anschlusse den Betrag von (mit Buchstaben auszudrücken) bei, oder lege ich die nachfolgenden Staatspapiere im Betrage von oder: lege ich die Kassaquittung der k. k. über das erlegte Badium bei.

am 1860.  
Eigenhändige Unterschrift, Charakter und Aufenthaltsort.

Von Außen.

(Nebst der Adresse an die k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Brünn und Bezeichnung des Badiums.)

Offert für die Pachtung der

A. Verzehrungssteuer und des Gemeindefußschlages,

dann der Weg- und Brückenmauth oder:

B. Weg- und Brückenmauth in der Stadt Brünn.

Brünn, am 7. September 1860.

#### 3. 5022. Kundmachung. (2099. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte in Biala wird bekannt gemacht, daß an die Stelle des mit dem Edicte vom 13. Juli 1860 B. 3528 für den verstorbenen Jacob Homa bestellten Curators Hrn. Adv. Ehrler der Hr. Landesadv. Dr. Neusser in Biala bestellt wurde.

Biala, am 5. September 1860.

#### Nr. 3948. Kundmachung. (2120. 2-3)

Zur Sicherstellung der Verpachtung der hierortigen Inquisten und Sträflinge für die Zeit vom 1. November 1860 bis Ende October 1861 wird die öffentliche Licitationsverhandlung am 10. October 1860 um 10 Uhr Vormittags hieramts abgehalten.

Die Licitations-Bedingnisse können jederzeit hieramts eingesehen werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht.  
Neumarkt, am 11. Septbr. 1860.

Buchdruckerei - Geschäftsleiter: Anton Rother.